

Emotionsdynamiken im Autoritären Syndrom – Implikationen aus einem mentalisierungstheoretischen Forschungsansatz

Felix Brauner

Zusammenfassung

In dem Beitrag wird ein psychologischer Forschungsansatz zur Untersuchung emotionsbezogener Mechanismen in autoritären Gesellschaftsdynamiken in fünf Argumentationsschritten vorgestellt. Zunächst werden *erstens* die zentralen Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten zum »Autoritären Charakter« der Frankfurter Schule zusammengetragen und die Notwendigkeit ihrer konzeptuellen Neubestimmung herausgearbeitet. Hierfür werden *zweitens* Konzepte aus dem modern-psychoanalytischen Mentalisierungsmodell herangezogen, weil sich mit ihnen ein »freiheitlich-demokratisches Syndrom« begründen lässt. Dies wird entwickelt, indem *drittens* die Mentalisierungskonzepte in die politische Theorie Kants und Arendts eingebettet werden. Darauf aufbauend werden *viertens* mit Verweis auf die sozialpsychologische Vorurteilsforschung regressive Prozesse der Mentalisierung als »autoritäre Emotionsdynamiken« bestimmt. Solche Mentalisierungsregressionen werden *fünftens* auf die aktuelle gesellschaftliche Situation bezogen, indem anhand der repräsentativen Autoritarismusstudien die Bedeutung defizitärer Anerkennung (auf biographischer und politischer Ebene) für die Bildung antidemokratischer Ressentiments herausgestellt wird. Damit wird insgesamt ein mentalisierungstheoretisches Modell entworfen, mit dem sich emotionsbezogene Wurzeln des autoritären Syndroms heute freilegen lassen.

Schlüsselwörter

Autoritarismus, Bindung, Emotionsregulation, Epistemisches Vertrauen, Mentalisierung, Rechtspopulismus

Emotion dynamics in authoritarianism syndrome – Implications from a mentalization-theoretical research approach

Abstract

In this article, a psychological approach for the research into emotionally related mechanisms in authoritarian social dynamics is introduced in five argumentation steps. First of all, the central findings from the research projects on the "authoritarian character" of the Frankfurt School are compiled and the necessity of their conceptual redefinition is demonstrated. Secondly, concepts from the modern psychoanalytical mentalization model are used for this purpose because they allow to establish a "liberal-democratic syndrome". This is being displayed, thirdly, by embedding the concepts of mentalization in the political theory of Kant and Arendt. Fourthly, with reference to socio-psychological prejudice research, regressive processes of mentalization are determined, on this basis, as "authoritarian dynamics of emotion". Fifthly, such mentalization regressions are applied to the current social situation by using representative authoritarianism studies to highlight the meaning of deficient recognition (at a biographical and political level) for the development of anti-democratic resentment. Thus, a mentalization-theoretical model will be developed which now allows to uncover emotion-related roots of the authoritarian syndrome.

Keywords

Authoritarianism, attachment, emotion regulation, epistemic trust, mentalization, right-wing populism

Einleitung

Der folgende Beitrag entsteht aus der grundlegenden Überzeugung, dass die psychologische Forschung mit eigenen Beiträgen zu politisch relevanten Fragen den gesellschaftlichen Diskurs mitbestimmen sollte. Dabei besteht ihr Potential grundlegend darin, den Bürgern/innen zu einem selbstreflexiven Verständnis darüber zu verhelfen, welche psychischen Prozesse eine Integration der Individuen in unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung bedingen können beziehungsweise welche diese verhindern. Im Anschluss an Habermas' (1968) erkenntnistheoretische Analyse sind für einen solchen *kritisch-emanzipativen* Ansatz besonders solche Forschungen geeignet, die psychoanalytisch inspirierte Konzeptualisierungen mit Untersuchungen von Gesellschaftsprozessen im Rahmen der Kritischen Theorie verbinden (vgl. Decker 2018a). Bezogen auf die aktuellen gesellschaftlichen Dynamiken leitet sich aus einem solchen Forschungsansatz die Aufgabe ab, mithilfe psychologischer Untersuchungen zum besseren Verständnis der zunehmend präsenten *Autoritären Revolte* der Neuen Rechten beizutragen, die in den letzten Jahren als *Angriff der Antidemokraten* im Zuge des internationalen Aufstiegs rechtspopulistischer Bewegungen erfolgt (vgl. Salzborn 2017; Weiß 2017).

Aufgrund ihrer jederzeit und gerade heute wieder politischen Relevanz sollten dabei folgende Fragen leitend sein: Warum folgen bestimmte Personen in bestimmten

gesellschaftlichen Stimmungen freiwillig den Vorgaben autoritärer Dynamiken? Welche psychischen Mechanismen insbesondere auf emotionaler Ebene liefern hierfür die entscheidende motivationale Triebkraft? Sowie gleichzeitig demgegenüber: Warum sind andere Menschen in denselben gesellschaftlichen Stimmungen in der Lage, sich diesen autoritären Dynamiken zu widersetzen und aus innerer Überzeugung unsere auf individuelle Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und repräsentative Demokratie gestützte Gesellschaftsordnung zu festigen? Welche psychische Struktur und emotionsbezogenen Fähigkeiten müssen hierfür ausgebildet werden, um selbstbestimmt im Sinne dieser Werte urteilen und handeln zu können? Im vorliegenden Beitrag wird in fünf Argumentationsschritten ein Vorschlag unterbreitet, wie sich diese Fragen auf Grundlage des sogenannten Mentalisierungsmodells beantworten lassen.

I) Ursprüngliche Konzeptualisierung des *Autoritären Charakters* und ihr „Veralten“ heute

In den 1930er-Jahren formierte sich eine Forschergruppe am Frankfurter *Institut für Sozialforschung*, um die gesellschaftlichen Ursachen zum Aufstieg des Faschismus zu untersuchen. Innerhalb dieser später als *Kritische Theorie* bezeichneten Frankfurter Schule wurden die psychologischen Mechanismen zunächst insbesondere von dem Psychoanalytiker Erich Fromm (1900-1980) erforscht. Durch Auseinandersetzung mit der Freud'schen Psychoanalyse entwickelte Fromm die Theorie, dass die Zustimmung zu faschistischen Überzeugungen als Ausdruck von »Fluchtmechanismen« verstanden werden müsse, die aus einer subjektiv wahrgenommenen Verunsicherung und Isolierung resultiere: Um eine »Prothesensicherheit« herzustellen, würden »sado-masochistische Charakterprägungen« als »sekundäre Bindungen« ausgebildet, die zu einer Unterwerfung unter Obrigkeiten und einer aggressiven Abwertung Andersdenkender führten; zusätzlich bewirkten Angstgefühle durch imaginierte Bedrohungen von der Außenwelt »destruktive« Vernichtungsphantasien und eine »konformistische« Orientierung an hierarchisch strukturierten Vorgaben (vgl. Fromm 1941, S. 121-205).

In einem großangelegten, von Fromm geleiteten Forschungsprojekt konnte mithilfe einer solchen psychoanalytisch inspirierten Konzeptualisierung des *Autoritären Charakters* anhand psychischer Mechanismen innerhalb der Individuen, die sich unabhängig von konkret-inhaltlichen politischen Überzeugungen ermitteln ließen, die Zustimmung zum aufsteigenden Faschismus vorhergesagt werden: Insbesondere ein großer Anteil von Personen aus dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft, deren psychisches Funktionieren von diesen Mechanismen der *Autoritären Aggression*, *Autoritären Unterwürfigkeit* und des *destruktiven Konventionalismus* geprägt war, unterstützte aus innerer Überzeugung das NS-Herrschaftssystem von Anfang an, das damit nicht vom extremistischen Rand der Gesellschaft, sondern aus ihrer Mitte heraus etabliert wurde (Fromm 1937/38). Diese empirischen Untersuchungen unter

der Leitung Fromms, die aufgrund der erzwungenen Flucht der führenden IfS-Vertreter notgedrungen fragmentarisch bleiben mussten, wurden in der Nachkriegszeit von einem daran anschließenden Forschungsteam um Theodor W. Adorno (1903-1969) fortgeführt und nach dessen Rückkehr nach Frankfurt am Main im Buch *The Authoritarian Personality* veröffentlicht (Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson & Sanford 1950), welches den entscheidenden Stein zur Begründung der Autoritarismusforschung darstellte.

Bezogen auf die aktuelle gesellschaftspolitische Situation, zeigt sich in den sogenannten *Autoritarismus-Studien* der Universität Leipzig, die von dem Sozialpsychologen Oliver Decker (*1968) geleitet wird, anhand repräsentativer Befragungen der deutschen Gegenwartsbevölkerung, dass sich diese von der ursprünglichen Kritischen Theorie beschriebenen Aspekte auch heute noch zu einem *autoritären Syndrom* zusammenfassen lassen (siehe ausführlicher unten). Halten demnach zwar die von der ursprünglichen Frankfurter Schule beschriebenen inhaltlichen Aspekte des »Autoritären Charakters« auch heute noch einer empirischen Untersuchung stand, ist jedoch ihre konzeptuelle Fundierung inzwischen deutlich anders zu entwickeln. Decker (2010) konstatiert in konzeptueller Hinsicht »Das Veralten des Autoritären Charakters«, denn die starke Fokussierung der damaligen Forschungsgruppen der Frankfurter Schule auf die Freud'sche Psychoanalyse habe zu thematischen Einnegungen geführt, die aus heutiger Perspektive überwunden werden müssten:

Zum Einen habe Freud in seiner Beschreibung der frühkindlichen Sozialisation allein das damals vorherrschende bürgerlich-patriarchale Familienmodell vor Augen gehabt, dessen gesamtgesellschaftliche Bedeutung in den vergangenen Jahrzehnten jedoch rapide abgenommen habe. Zum Anderen sei darüber hinaus aufgrund der klassisch-psychoanalytischen Konzeptualisierung nahezu deterministisch angenommen worden, dass die entscheidenden Sozialisationsbedingungen für die Prägung des Autoritären Charakters allein in den familiären Beziehungserfahrungen der frühen Kindheit auszumachen seien; dadurch seien ergänzende Einflüsse durch Erfahrungen mit Peers in der Adoleszenz, durch Über-Identifizierungen mit Kollektiven oder durch aktuelle soziale Situationen vernachlässigt worden. Zusätzlich bekräftigt Decker (2010) den Aspekt, dass der Autoritarismus das negative Abziehbild zur Demokratie an sich sei, weshalb sich in den repräsentativen Erhebungen das autoritäre Syndrom als Gegenteil eines »demokratischen Syndroms« darstellt (Decker, Schuler & Brähler 2018) und seine Komponenten in den »Demokratischen Milieus« deutlich seltener anzutreffen sind (Decker & Brähler 2016). Doch gerade für die Konzeptualisierung dieser positiven Gegenseite des Autoritarismus ist die Freud'sche Psychoanalyse nur bedingt geeignet, was auf ihren – wie Krozova (2012, S. 79f.) ausführt – „pathologischen bias“ zurückzuführen ist, mit dem sich keine „Widerstands- und Handlungspotentiale“ als „emanzipatorische Ressource“ bestimmen lassen. In seiner Auseinandersetzung gelangt Decker (2010, S. 38) zu dem Fazit, dass es zwar auch heute noch eine psychodynamische Konzeptualisierung antidemokratischer Ressentiments brauche, doch scheine dafür der von der Frankfurter Schule beschriebene „Autoritäre Charakter [...] als Erklärungsmodell nicht mehr geeignet“ (ebd.).

Aufgrund der zwar empirisch fundierten Bestätigung, jedoch konzeptuellen Engführung sei „das Konzept des Autoritären Charakters zugleich veraltet und immer noch gültig – und es muss, genauso wie die Demokratie bedrohenden Faktoren, immer wieder aufs Neue bestimmt werden“ (ebd., S. 40).

Für eine solche konzeptuelle Neubestimmung des autoritären Syndroms heute weist Decker in seiner jüngsten Autoritarismusstudie selbst den Weg (vgl. Decker 2018b, S. 33-63): Grundsätzlich seien aus psychoanalytischer Sicht autoritäre Haltungen als Versuch zu verstehen, der Hauptentwicklungsaufgabe in modernen Gesellschaften zur Bildung einer nach individueller Freiheit strebenden Autonomie nicht gewachsen zu sein, sondern stattdessen über die selbst gewählte Integration in eine strikt autoritäre Hierarchie die Illusion einer »Prothesen-Sicherheit« (Fromm) herzustellen. Eine solche werde ersatzweise angestrebt, weil eine subjektive Sicherheit aus der Selbstbestimmung heraus nur über eine gut integrierte »psychische Struktur« möglich sei, die „dem Erwachsenen im besten Fall trotz späterer Repression [gestattet], eigene Wünsche und Konflikte wahrzunehmen“ (ebd., S. 39). In diesem Individuationsprozess sei aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Lebensbedingungen jedoch inzwischen nicht mehr der von Freud beschriebene Ödipuskonflikt über die Auseinandersetzung mit der väterlichen Autorität entscheidend, sondern „es [scheint] heute die Lösung aus der exklusiven Beziehung von Mutter und Säugling [zentral] zu sein“ (ebd., S. 58). Der Konzeptualisierung einer solchen grundlegend präödiplal entstehenden Persönlichkeitsbildung als entscheidendem Entwicklungsschritt zum Widerstand gegen eine spätere Integration in das autoritäre Syndrom weist Decker zwar den Weg, indem er hierfür auf Winnicotts entwicklungstheoretisches Konzept des *Übergangsobjekts* hinweist (vgl. ebd., S. 58); er gesteht somit insgesamt zu, „dass der Persönlichkeitsbegriff genauso wie die Veränderungen in der frühen Sozialisation neu zu fassen sind“ (ebd., S. 50). Doch wie genau sich diese Wandlungen konzeptuell bestimmen ließen, das – so fasst er zusammen – „ist an dieser Stelle [...] nicht zu leisten“ (ebd., S. 51). In der folgenden Auseinandersetzung wird ein grundlegender Ansatz entwickelt, mit dem sich die psychologischen Bedingungen eines Widerstands gegen das autoritäre Syndrom – beziehungsweise andersherum formuliert: einer Integration in das *freiheitlich-demokratische Syndrom* – konzeptualisieren und untersuchen lassen.

Dabei ist der hier gewählte Begriff des »freiheitlich-demokratischen Syndroms« aus emanzipatorischer Perspektive zugegeben nicht gänzlich konfliktfrei. Erst kürzlich hat die Politikwissenschaftlerin Schulz (2018) detailliert herausgearbeitet, dass die strafrechtliche Implementierung der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« in das Grundgesetz eine äußerst problematische Entstehungsgeschichte hatte sowie aufgrund ihrer Wurzeln im Strafrecht inhaltlich unterbestimmt blieb. Leggewie und Meier (2012) gelangen in ihrer Auseinandersetzung sogar zu dem Fazit, das Konzept der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« durch eine Begrifflichkeit des »bürgerlich-liberalen Verfassungsstaats« zu ersetzen. Doch trotz solcher durchaus berechtigten Kritikpunkte erscheint es in Auseinandersetzung mit den aktuellen autoritär-antidemokratischen Dynamiken unausweichlich, explizit auf die Ausführungen zur »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« zurückzugreifen, wie der Politikwissen-